

Burmas Opposition fordert die Militärregierung heraus

Mit der Ankündigung, die Nationale Liga für Demokratie (NLD) werde einen Verfassungsentwurf erarbeiten, forderte Burmas demokratische Opposition die Militärregierung am Ende ihres dreitägigen Kongresses im Mai in Rangun heraus. Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), wie sich Burmas Generäle nennen, hat den Verfassungsentwurf, an dem ein vom SLORC eingesetzter Nationalkonvent seit 1993 arbeitet, zu einem von vier politischen Hauptzielen erklärt.

Mitte Mai hat Aung San Suu Kyi, die NLD-Generalsekretärin, die relative Ruhe, die um Burmas Opposition eingekehrt war, mit einem Knall beendet: Anlässlich des sechsten Jahrestags der Parlamentswahlen von 1990 kündigte sie für den 26. bis 28. Mai einen NLD-Delegierten-Kongreß auf ihrem Grundstück in Rangun an. Der Kongreß war die erste große NLD-Versammlung seit der Gandhi-Hall-Konferenz Ende Juni 1990. Damals hatten die NLD-Delegierten den SLORC aufgefordert, die Staatsgewalt an die gewählten Delegierten zu übergeben. SLORC hat das Ergebnis der Wahl, bei der die NLD 392 der 482 Parlamentssitze errang, niemals anerkannt.

SLORC versuchte, den Kongreß zu verhindern, indem er bis zu seinem Beginn 262 NLD-Abgeordnete und Partei-sympathisanten festnahm - "nur für eine Befragung", wie er auf internationale Proteste hin versicherte. Und: "Wir müssen das Land vor Anarchie schützen." 106 der Festgenommenen hat das Militär bis Ende Mai wieder freigelassen, und "sie direkt von ihren Gasthäusern nach Hause geschickt", schreibt die Staatszeitung *The New Light of Myanmar*. Was in der Zeitung nicht steht, berichtete Aung San Suu Kyi ihren Anhängern bei ihrer ersten Wochenendrede nach dem Kongreß: "Einige der Delegierten wurden gezwungen, aus der NLD auszutreten." Gegen andere war in der Vorwoche unter dem Erlaß zum Schutz der öffentlichen Ordnung Anklage erhoben worden. Aung San Suu Kyis enger Vertrauter, Win Htein, und acht weitere Delegierte sind nach NLD-Angaben be-

reits ins Insein-Gefängnis gebracht worden, das berüchtigt für Folter ist. Noch vor kurzem hatte Win Htein in einem Dokumentarfilm gesagt: "Wenn sie mich oder Aung San Suu Kyi verhaften, würden wir das sehr begrüßen. Das wäre ein Zeichen, daß unsere Aktivitäten Einfluß haben."

Da politische Versammlungen nach wie vor verboten sind, müssen Aung San Suu Kyis Anhänger Mut aufbringen, um den Reden der Oppositionsführerin am Samstag und Sonntag zuzuhören. Rund viertausend Männer und Frauen haben sich am ersten Samstag im Juni zu ihrem Haus in der University Street getraut, gespannt auf die Kongreß-Ergebnisse.

Auf ihrem Kongreß hatte die NLD entschieden, daß die Amtszeit der Delegierten solange gelte, bis das Parlament erstmals zusammentreten könne und dann entscheiden könne, wann die Legislaturperiode vorüber sei. Ein wesentlicher Diskussionspunkt war auch die zukünftige Rolle des Militärs in Burma. "Die Tatmadaw [burmesische Volksarmee] ist eine notwendige Institution dieses Landes", bestätigte der Kongreß. Bei dieser Frage geht es nicht nur darum, die 400.000 Mann unter Waffen in eine Zivilgesellschaft zu integrieren, sondern vor allem darum, der traditionell bedeutenden Rolle des Militärs Rechnung zu tragen. Sowohl bei der Befreiung von der Kolonialherrschaft als auch beim Sieg über die Japaner im Zweiten Weltkrieg hat das Militär eine entscheidende Rolle gespielt. "Das Volk und die Armee haben gegen Japan Hand in Hand gekämpft", sagte Aung San Suu Kyi, "warum sollten sich die Armee und das Volk nicht die Hände reichen, um unserem Land Demokratie zu bringen?"

So unumstritten die traditionelle Rolle des Militärs ist, so deutlich ist auch der Haß weiter Bevölkerungsteile auf ein Militär, das Burma in ein Land der Angst verwandelt hat. Die derzeitigen Streitkräfte sind dafür bekannt, Zivilisten zu Zwangsarbeiten von Infrastrukturprojekten bis hin zu Trägerdiensten für das Militär heranzuziehen.

Parallel zum NLD-Kongreß veranstaltete die Militärregie-

rung im ganzen Land Kundgebungen, mit teilweise mehr als 40.000 Menschen, die das Vertrauen des Volks in die Regierung bezeugen sollten. "Wer an den Kundgebungen nicht teilnehmen will, dem wird gesagt, 'Dann drehen wir dir Wasser und Strom ab!'" erzählt ein Mann, dessen Onkel verpflichtet worden war. Er räumte jedoch ein, daß vielleicht 20 % der Leute wirklich von der Sache überzeugt seien. "Wenn jeder Aung San Suu Kyis Reden hören dürfte, wären dort weit über hunderttausend Leute." Aung San Suu Kyi bekräftigte auch nach dem Kongreß wieder die bedingungslose Bereitschaft der NLD zu einem Dialog mit der Militärregierung: "Dialog ist der einzige Weg, und wir sollten so schnell wie möglich damit

beginnen", sagte sie.

SLORC, der die Kongreßteilnehmer als "machtversessene Destrukteure", "Verräter" und "vom Ausland ferngesteuerte Marionetten" bezeichnete, war bisher nicht auf das Dialogangebot eingegangen. In einem Interview mit Radio Australia am 4. Juni räumte der Tourismusminister General Kyaw Ba erstmals eine Dialogbereitschaft ein. SLORC sei bereit zu einem Dialog mit Suu Kyi, wenn sie aufhöre, den Staatsrat zu kritisieren. Kyaw Ba: "Sie geht ständig auf Konfrontation mit uns und kritisiert uns die ganze Zeit und deshalb glauben wir, daß es keine Fortschritte bringt, wenn wir einen Dialog mit ihr halten." Daher konzentrierte sich der SLORC ausschließlich auf seine Arbeit, nicht aufs Reden, sagte der Minister.

eigene Berichte



aus: FEER v. 6.6.96, S. 11

Flüchtlingszahl in Südburma steigt

Die Zahl der Flüchtlinge an der thai-burmesischen Grenze ist in den vergangenen anderthalb Jahren noch einmal um 15.000 Menschen gestiegen: Derzeit suchten rund 80.000 Karen, 10.000 Mon und 5.500 Karenni Zuflucht in Thailand, sagte der Sprecher des Burmese Border Consortiums (BBC), Jack Dunford, am 22. Mai in Bangkok.

"Bis vor anderthalb Jahren hatte SLORC (Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung) keinen signifikanten Zugang zur Grenze", sagte Dunford. Mit massiven militärischen Aktionen und gleichzeitigen Verhandlungen über Waffenruhe mit den Mon und Karenni hat der SLORC weite Teile Südburmas unter seine Kontrolle gebracht.

Der anhaltende Bürgerkrieg mit den Karen, strategische Zwangsumsiedlungen der eth-

nischen Bevölkerung durch den SLORC und vereinzelte Kampfhandlungen, wie vor kurzem als der SLORC die Waffenruhe mit den Karenni gebrochen hat, lassen Tausende nach Thailand fliehen.

Das BBC geht davon aus, daß die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen werde, obwohl es Anzeichen dafür gebe, daß die Karen repatriert werden sollten, und die Repatriierung der Mon bereits in vollem Gang sei. Man könne nicht sagen, daß bei den Repatriierungsmaßnahmen die Menschen nach Hause geschickt würden, denn die Dörfer und die Felder vieler der Betroffenen existierten nicht mehr. Dunford schloß: "Die meisten Leute werden sich wenigstens bis ins nächste Jahr hinein nicht selbst versorgen können."

eigene Berichte